

Aus Bund und Ländern

## Arzneimittel: Kassen sehen großes Einsparpotenzial

BERLIN. Bei Arzneimitteln gibt es nach Ansicht des Bundesverbandes der Betriebskrankenkassen (BKK) Wirtschaftlichkeitsreserven in Milliardenhöhe. Gespart werden könne, wenn Ärzte auf die Verordnung therapeutisch unzweckmäßiger Medikamente verzichteten und konsequenter Generika verschrieben. Einsparungen könnten zudem durch den Versandhandel von Arzneimitteln erzielt werden.

Nach Schätzungen der BKK werden für 1999 die Budgets in acht von 23 Kassenärztlichen Vereinigungen überschritten. Genaue Daten lägen erst Mitte des Jahres vor. Diese Mehrausgaben belasteten die Kassen zusätzlich. Der BKK-Bundesverband hat deshalb an die Politik appelliert, nicht in den Mechanismus zur Sanktionierung von Budgetüberschreitungen einzugreifen.

Um die Einsparungen durch Arzneimittel-Festbeträge nicht zu gefährden, fordert die BKK den Gesetzgeber auf, schnell und dauerhaft für Rechtssicherheit zu sorgen. Der Verband spricht sich jedoch gegen die Pläne des Bundesgesundheitsministeriums aus, die Festbeträge per Rechtsverordnung festzusetzen. Dies solle Aufgabe einer als Körperschaft des öffentlichen Rechts organisierten Selbstverwaltung sein. EB

## Hormonersatztherapie: Skepsis bestätigt sich

KÖLN. Die bislang weltweit größte Studie zur Erprobung der Hormonersatztherapie (HRT) bei Frauen nach den Wechseljahren sorgt in den USA für Unruhe. Die „Women's Health Initiative“ testet unter anderem an fast 27 000 Frauen, ob die HRT Gefäßkrankheiten vorbeugt. Ein Aufsichtsgremium hat bei einer Zwischenüberprü-



Ein Faltblatt mit dem Titel „An Gott glauben – Einladung zum Leben“ wurde jetzt von der Zentralstelle Pastoral der Deutschen Bischofskonferenz in Zusammenarbeit mit der Katholischen Glaubensinformation herausgegeben. Es geht darin nach eigenen Angaben „um den Versuch anlässlich der Jahrtausendwende auf engstem Raum das Ganze des christlichen Glaubens in seinem Kern zur Sprache zu bringen“. Das Faltblatt kann zum Auslegen in Krankenhäusern und Arztpraxen bestellt werden bei der Zentralstelle Pastoral der Deutschen Bischofskonferenz, Kaiserstraße 163, 53113 Bonn, Telefon: 02 28/ 1 03-2 28, Fax: 1 03-3 72, E-Mail: zspastoral@dbk.de Kli

fung der Ergebnisse nach zwei Jahren jetzt einen Trend zuungunsten der Hormontherapie festgestellt: Die Teilnehmerinnen erhielten vom Nationalen Gesundheitsinstitut der USA einen Brief, „der auf eine geringe Zunahme der Zahl der Herzinfarkte, Schlaganfälle und Thrombosen“ hinwies. Die Studie wird dennoch fortgesetzt, weil die Zahl der betroffenen Frauen so klein war, dass der Zwischenbefund Zufall sein könnte. kch

## PDS: Budget für Psychotherapeuten anheben

BERLIN. Bundestagsabgeordnete der PDS haben die Bundesregierung aufgefordert, das „unwürdige Tauziehen“ um die Vergütung der Psychotherapeuten zu beenden und das Budget des Jahres 1999 für psychotherapeutische Leistungen nachträglich anzuheben. Die gesetzlichen Regelungen für das vorgesehene Vergütungsvolumen hätten sich als „völlig unzureichend“ erwiesen; dies sei spätestens seit dem dritten Quartal 1999 deutlich geworden. Besonders in den neuen Bundesländern seien viele Praxen in ihrer Existenz bedroht; die

Versorgung drohe zusammenzuberechnen. Das sei nicht die Intention des am 1. Januar 1999 in Kraft getretenen Psychotherapeutengesetzes. Bemühungen, im Rahmen der Selbstverwaltung zu einer Lösung zu kommen, seien daran gescheitert, dass die Krankenkassen nicht bereit waren, sich an einer zusätzlichen Finanzierung zu beteiligen. Die Aufsichtsbehörden der Länder konnten ebenfalls nicht zu einem befriedigenden Ausgang beitragen.

Die Aufstockung des Budgets 1999 für psychotherapeutische Leistungen soll unter finanzieller Beteiligung von Krankenkassen und Kassenärztlichen Vereinigungen vorgenommen werden. pb

## Gesundheitsberufe warnen vor Mehrklassen-Medizin

DÜSSELDORF. Die Gesundheitsberufe in Nordrhein-Westfalen haben vor einer „Mehrklassen-Medizin“ durch die starre Begrenzung der finanziellen Mittel im Gesundheitswesen gewarnt. „Vielen Patienten wird der medizinische Fortschritt künftig vorenthalten bleiben, wenn die Gesundheitspolitik nicht end-

lich eine Wende schafft“, sagte der Präsident der Bundesärztekammer, Prof. Dr. med. Jörg-Dietrich Hoppe, anlässlich eines Gespräches der Vertreter des „Bündnis Gesundheit Nordrhein-Westfalen 2000“ mit Landesgesundheitsministerin Birgit Fischer in Düsseldorf.

Dem Bündnis zufolge muss die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung über das Arbeitseinkommen infrage gestellt werden. Die Finanzierung von Gesundheitsleistungen müsse sich nach dem Versorgungsbedarf richten. Es sei nicht hinzunehmen, dass wegen der Budgets zum Beispiel für Heil- oder Arzneimittel die Qualität der Behandlung leide.

Dem nordrhein-westfälischen Bündnis gehören nach eigenen Angaben 33 Organisationen der Gesundheitsberufe an. EB

## Online-Datenbank zur Krebsprävention

HEIDELBERG. Mit dem „Directory of On-Going Research in Cancer Prevention“ wird zurzeit eine englischsprachige Datenbank aufgebaut, die weltweit aktuelle Studien zur Krebsvorbeugung registriert ([www-dep.iarc.fr/prevent.htm](http://www-dep.iarc.fr/prevent.htm)). Die Datenbank wird gemeinsam von der International Agency of Cancer Research (finanziert von der WHO), Lyon, und der Abteilung Klinische Epidemiologie des Deutschen Krebsforschungszentrums in Heidelberg erstellt. Sie beinhaltet Studien zur Vorbeugung von Tumorerkrankungen, zu Früherkennungsmaßnahmen und zur Chemoprävention. Ebenso werden Erhebungen zu Krebsrisikofaktoren berücksichtigt. Mit der Datensammlung soll ein Überblick über Projektschwerpunkte und mögliche Forschungslücken erstellt werden, um die wissenschaftliche Zusammenarbeit in der Krebsvorbeugung zu fördern. Bislang sind 104 Projekte aus 23 Ländern erfasst. EB